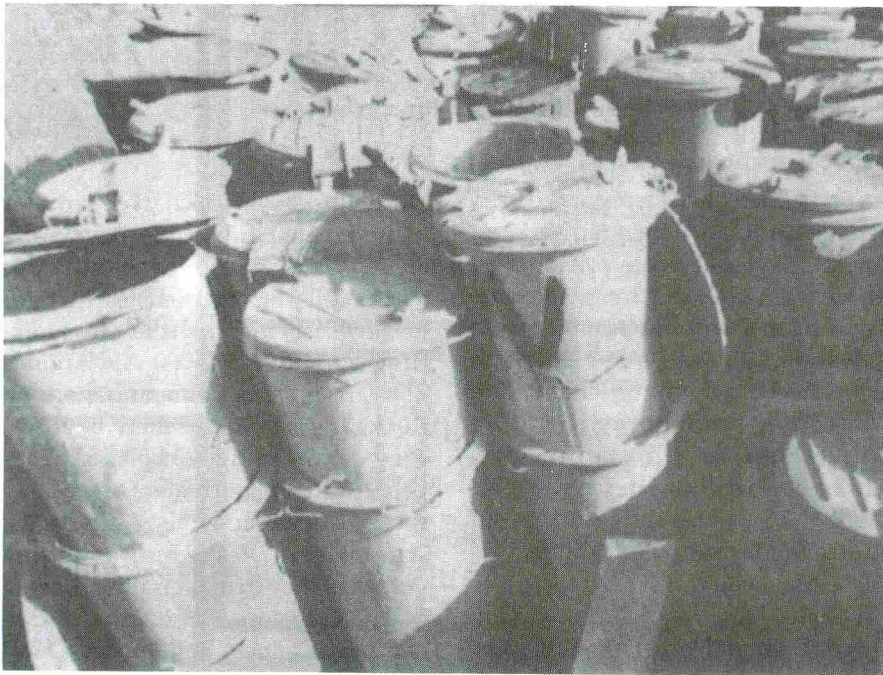


# blick punkt

Nr. 263  
November 1992

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF



## Mülltonnen auf den Müll?

Im nächsten Jahr sollen 12000 Mülltonnen allein in unserer Stadt auf den Müll geworfen werden. Wir berichteten mehrmals darüber. Große Plastiktonnen müßten entsprechend neuer EG-Normen eingeführt werden, sagt der verantwortliche Stadtrat. Nun sind diese EG-Normen zwar noch lange nicht nationales Recht, aber in einem Akt von vorauseilendem Gehorsam soll vor allem auf Betreiben des genannten "grünen" Stadtrates die EG-Richtlinie in Mörfelden-Walldorf durchgesetzt werden. In einer Bürgerversammlung in der Stadthalle Walldorf gab es deshalb Proteste. Es wurde darauf verwiesen, daß alle Müllboxen, die von den Bürgern gebaut wurden, nicht mehr zu gebrauchen sind. Daß die Einführung großer Tonnen der notwendigen Müllverringerung entgegensteht. Eine Bürgerin fand es seltsam, daß Stadtrat Treber sich noch nicht einmal bei Kommunen erkundigt habe, die andere Wege suchen. Ein weiterer Diskussionsredner verwies auf die Tatsache, daß man auch auf andere Weise den Müllwerkern die Arbeit erleichtern könne. Das Thema bleibt uns. Der "blickpunkt" wird weiter darüber berichten.

## Afrika ist nicht weit

Nach den Auseinandersetzungen um die Startbahn-West sind den Grünen Wählerstimmen geradezu zugeflogen. Hätte man damals einen grünen Besenstiel aufgestellt, er wäre gewählt worden. Und heute? Monatelang gibt es nun die grüne Schlamm-Schlacht. Es werden dabei Personen verletzt, leider auch wichtige grüne Ansätze diskreditiert. Neuer Höhepunkt in den Auseinandersetzungen sind jetzt die öffentlichen Streitereien zwischen Stadtrat Treber und Rudi Schmidt. Treber meint: Schmidt sei eine politisch fragwürdige Person, er habe es mit den Schwarzen getrieben, wollte selbst Stadtrat werden. Schmidt will den "Dauerschläfer" Treber zum "Dauerläufer" machen. Treber berichtet, Schmidt habe sich auch schon mal um SPD-Mitgliedschaft bemüht, um politische Karriere zu machen. Jetzt wolle er auch wieder einen Stadtratsposten ergattern. Schmidt widerum: "Mein Interesse an einem hauptamtlichen Stadtratsposten liegt so weit weg wie Afrika." Na ja, in unseren Tagen rücken die Erdteile oft nahe zusammen. Afrika ist nicht weit. Machen wir uns nichts vor, bei all diesen eitlen Gockelkämpfen geht es auch um lukrative Posten.

Neuer grüner Aufbruch mit Rudolf Schmidt? Kaum.

Was soll man dann aber hier wählen, am 7. März, wenn man die Schwarzen nicht will und der langjährigen Rathauspartei Opposition wünscht? Sie wissen, was ich empfehle . . .

Rudi Hechler

# Gegen Fremdenhaß

In ganz Deutschland gingen in den letzten Wochen die Menschen auf die Straße um gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu demonstrieren. In Berlin und Bonn protestierten Hunderttausende für die Erhaltung des Artikel 16 im Grundgesetz. Am 9. November 1992, 54 Jahre nach der Nacht, als in Deutschland die Synagogen brannten, gedachte man auch in Mörfelden-Walldorf der ehemaligen jüdischen Mitbürger und protestierte gegen Rechtstendenzen und Neofaschismus. Am Gedenkstein für die ehemalige Synagoge wurden Kränze niedergelegt. Am Abend trafen sich hier 350 Bürgerinnen und Bürger zur Kundgebung und Demonstration. Einen Tag später wurde in der Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der CDU nachfolgende Resolution der DKP angenommen:

"Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf, gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt und für Demokratie und Toleranz einzutreten.

Fast täglich werden in unserem Land Gewalttaten gegen Menschen anderer Nationalität verübt, werden Menschen öffentlich mißhandelt und gejagt. Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit gegenüber den Gewalttaten greifen um sich. Heimlich oder sogar offen wird Sympathie für die Gewalttäter geäußert. Diese Sympathisanten machen sich der Beihilfe schuldig.

Für fremdenfeindliche Ausschreitungen gibt es keine Rechtfertigung. Gewalttätigkeiten sind kriminelle Handlungen und müssen als solche verfolgt und geahndet werden.

Wir appellieren an alle Demokraten: Stellt Euch der Gewalt entgegen. Wenn die Welle der Gewalt nicht gestoppt wird, wird sie sich - das zeigt die Geschichte - immer neue Opfer suchen. Heute sind ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger die Opfer, morgen könnten es jüdische sein und übermorgen vielleicht die Gewerkschaften. Fremdenfeindlichkeit schadet nicht nur den Fremden, sondern uns allen. Menschenverachtung und Haß zerstören die Grundlagen unseres Zusammenlebens.

Die Sorgen der Menschen, die in Ausländerfeindlichkeit ihren Ausdruck finden, müssen ernst genommen werden. Aber wir dürfen nicht zulassen, daß Ausländer zu Sündenböcken für Probleme gemacht werden, die sie nicht verschuldet haben. Mit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit müssen die tieferen Ursachen von Haß und Gewalt angepackt, also die Arbeitslosigkeit bekämpft, die

Wohnungsnot gemildert, soziale Unsicherheit und Perspektivlosigkeit aufgefangen werden.

Es sind in erster Linie die sozial Benachteiligten, deren Lebensbedingungen durch die verstärkte Zuwanderung aus Kriegs- und Krisengebieten zusätzlich belastet werden: Sie erleben die Zufluchtsuchenden als Konkurrenz. Aber selbst die vollständige Abschaffung des Asylrechts könnte den Zugang von Flüchtlingen und Zuwanderern nicht stoppen, wenn nicht die Ursachen von Flucht und Wanderung beseitigt werden.

Wir fordern deshalb die uneingeschränkte Erhaltung des Asylrechts (Artikel 16 des Grundgesetzes) für politisch, rassistisch oder religiös verfolgte Menschen.

Für Menschen, die nicht vor Gefahren für Leib und Leben fliehen, müssen gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die eine "geordnete" Zuwanderung ermöglichen.

Wir wollen mit Menschen anderer Nationen zusammenleben und zusammenarbeiten. Wir haben nur gemeinsam eine Zukunft. Es ist höchste Zeit, für diese gemeinsame Zukunft mutig einzutreten."

.....  
• *"Da ergibt sich doch der*  
• *Eindruck, die Neonazis*  
• *müssen nur Bomben*  
• *werfen, und schon be-*  
• *wegt sich die SPD auf*  
• *sie zu."*  
•

• Der stellvertretende Landesvorsitzende der bayerischen SPD, Stiegler, auf dem SPD-Landesparteitag  
•

## Deutsche Wirtschaft auf Ausländer angewiesen

Die deutsche Wirtschaft ist immer mehr auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Nach einer Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages ist eine jährliche Zuwanderung von etwa 300.000 Ausländern notwendig, um beim anhaltenden Rückgang der deutschen Bevölkerung das derzeitige Arbeitskräfteangebot aufrechtzuerhalten. Eine Sicherung Deutschlands als Wirtschaftsstandort sei ohne die Einwanderung von Ausländern nicht möglich, sagte Martin Frey vom Wissenschaftlichen Dienst auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen zum Thema "Ausländer und Deutschland".

Im Jahre 2020 würden zwölf Millionen weniger Deutsche in der Bundesrepublik leben. Die Zahl der arbeitsfähigen Bundesbürger werde durch die Verschiebung der Altersstruktur noch stärker sinken. Nicht zu unterschätzen sei die Schaffung von Arbeitsplätzen durch 150.000 selbständig arbeitende Ausländer in der Bundesrepublik. Allein die 33.000 von Türken geführten Unternehmen haben der Untersuchung zufolge für 700.000 zusätzliche Arbeitsplätze gesorgt. Sie erlösten 1991 einen Umsatz von über 25 Milliarden Mark. Auch die Rentenversicherung profitiere von den ausländischen Arbeitnehmern, die 1989 Beiträge in Höhe von zwölf Milliarden Mark zahlten. Nur ein Viertel davon sei im Gegenzug an ausländische Rentempfänger gegangen.

## Immer nur: "Die Gebühren müssen erhöht werden"?

Gern und oft stellt sich der Stadtkämmerer in Szene nach dem Motto: Was es kostet, das kostet es eben. Der Bürger wird schon einsehen, daß Gebührenerhöhungen gerechtfertigt sind.

Seit der neue Kämmerer seinen Amtssessel bezog, sind die Gebühren, Beiträge und Steuern drastisch nach oben verändert worden. Das Wasser, das Abwasser, die vhs-Gebühren, die Jugendmusikschule, die Gewerbesteuer etc. Die städt. Sozialwohnungen wurden nicht verschont, gedacht ist an eine weitere Wasserpreiserhöhung (außer der Grundwasserabgabe), an die Kindergärten, die Friedhöfe. So etwa nach dem Slogan: Alle reden von Steuererhöhungen, wir erhöhen sie! Das alles in einer Kommune, in der die Oberen so stolz sind auf die Industrieansiedlungen. Ist sie doch "Quelle des Reichtums".

Doch sind wir realistisch, wie sieht die "geballte Finanzkraft" (ein Argument aus der Zeit der Fusion 1976/77) aus?

Über 59 Millionen DM Schulden (dazu kommen noch über 6 Mill. DM der Stadtwerke) sind aufgelaufen. Auf jeden Bürger umgerechnet sind dies ca. 2800 DM. Das dürfte die Demaskierung der "soliden Finanzwirtschaft" unserer Stadt sein. Die Zahlen sprechen eine deutlichere Sprache als der Stadtkämmerer selbst, der bei der Einbringung des 2. Nachtragshaushaltes 1992 bei der letzten Stadtverordnetenversammlung die Finanzlage in fast rosigem Licht malte.

Es zeigt sich, daß die Kommune keine "Insel der Seligen" ist. Die Kommunen sind nur noch Reagierende auf die Vorgaben der Kreise, der Länder und des Bundes. Die Steuerumverteilungsgesetze, die Zuweisung von immer neuen Auf-

gaben, die Linderung der "neuen Armut", lassen der kommunalen Selbstverwaltung immer weniger Spielraum. Sie stehen mit dem Rücken zur Wand und helfen sich mit Gebühren-, Steuer- und Beitragserhöhungen, vergessen aber dabei, daß sie Notlagen verschärfen, die sie beseitigen bzw. lindern sollen.

Protest wäre angesagt gegen unsoziale Lasten, gegen die knebelnde Gesetzeslage, gegen Verschwendung von Steuergeldern für Prestigeobjekte. Das aber kommt den Herrschaften nicht in den Sinn, mögen sie sich nun christlich oder sozial nennen.

Und wie sieht's mit der "Finanzquelle Industrieansiedlung" aus? Wegen steigender Steuereinnahmen sind die Schlüsselzuweisungen des Landes (sie richten sich nach Bevölkerungszahl, Steuer- und Gebührenaufkommen) drastisch gesunken. Im Jahre 1991 sind noch 3,337 Mill. DM in den Stadtsäckel flossen. Im nächsten Jahr werden voraussichtlich nur noch 416 000 DM sein. Die Stadt sei "abundant" geworden, heißt es. Der Duden erklärt das Wort mit "häufig vorkommend". Gemeint ist wohl, daß Steuergelder und Gebühren häufig oder in großer Menge eingehen. Daher kann das Land auch die Zuweisungen reduzieren.

Geht die Rechnung also heute noch auf - je größer die Industriegebiete, um so dicker der Stadtsäckel, um so höher die Lebensqualität? Man darf es bezweifeln. Wir betonieren uns die Landschaft zu, es kommen mehr Steuern rein, aber die Kosten wachsen auch. Die Ausgaben für Verkehr, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung steigen. Das Wohnen wird teurer, der Bedarf an Kindergärten, Schulen und sozialen Einrichtungen wächst. So wird dem Kämmerer auch morgen wieder der Satz einfallen: "Die Gebühren müssen erhöht werden."

Kleiner Nachsatz: Solche kritische Betrachtungsweise gibt es im

# DKP

## Offene Liste

... dran denken  
am 7. März 1993

Stadtparlament bislang nur bei der DKP. Es wäre gut, wenn auch im neu zu wählenden Parlament diese kritischen Stimmen zu hören sind.  
Rudolf Dötsch

"Die SPD macht jetzt einen gewaltigen Linksruck - nach Aussage von Klose, will sie zur Mitte rücken."

Dietrich Kittner, Kabarettist

## Hochmut kommt vor dem Fall

Im monatelangen Streit der Grünen in Mörfelden-Walldorf gibt es immer wieder mal Höhepunkte. Dabei wird mit Schmutzkübeln nicht gespart. Ein Musterbeispiel für Streitkultur ist es gerade nicht, was von den Grünen und ihrer ehemaligen Bürgerliste vorgeführt wurde und wird. Im Frühjahr 1991 fragten sie noch in ihrer Bürgerzeitung: "Wo ist die Opposition in Mörfelden-Walldorf geblieben?" Nun, die DKP-Fraktion ist noch da. Die GBL existiert nicht mehr - um einige langjährige Aktive ist es schade. Mancher hat einfach nur die Nase zu hochgetragen. Die Wählerinnen und Wähler werden im nächsten März das gelieferte Schauspiel zu beurteilen haben.

Gerd Schulmeyer

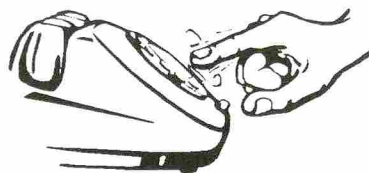
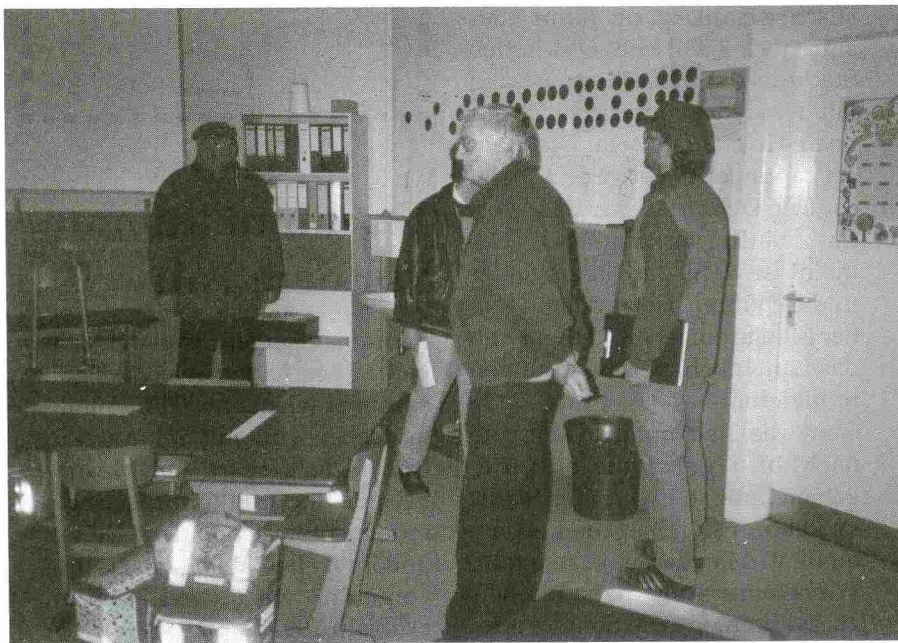
**Kommunalwahl 7. März 1993 - Demokratie braucht Opposition**

# DKP-Fraktion besucht Schulen



Der Anfang wurde mit der "Waldenschule" gemacht. Zugegeben, der Eingang erschreckte (Foto) und wir dachten schon, innen sieht es dann auch so aus. Wir wurden angenehm über-

rascht. Die älteste Schule in Walldorf, ein Gebäude steht schon über hundert Jahre, macht nach den Renovierungsmaßnahmen der letzten Monate einen guten Eindruck. Wir fanden Klassenräume, die hell und freundlich waren, von denen eine gute Atmosphäre ausging. Die Toiletten im Hintergebäude sind allerdings noch in einem miserablen Zustand. Sie würden noch renoviert, so der Rektor. Durch einige bauliche Maßnahmen, zum Beispiel Ersetzung von feuergefährdeten Holztrep-pen, kann man unkompliziert neue Schulräume gewinnen. Die Ausstattung des Schulhofes, der zum Teil noch trist wirkte, kann durch neue Spielgeräte und eine andere Hofgestaltung zweifellos aufgewertet werden. Rektor Klaus Scherber zeigte alle Räume, wies auf bestehende Probleme hin, beantwortete bereitwillig alle Fragen. Über andere von uns besuchte Schulen werden wir berichten.



**Einfach  
anrufen!**

Sicher haben Sie auch schon  
oft gedacht -  
»das wär was  
für den blickpunkt«.

Also, demnächst  
einfach anrufen!

Tel. 23366, 22362, 3335, 3859.

## Preistreiberei

Nachdem in den letzten Jahren die Kanalgebühren (einschl. der "Kennelsteuer"), die Wasserkosten, die VHS, die Musikschule etc. zum Teil drastisch angehoben wurden, werden durch die Einführung der Grundwasserabgabe (neues Abgabegesetz des Landes Hessen) die Gebühren nochmals erhöht. In der Stadtverordneten-sitzung am 10. 11. 92 sagte dazu Rudi Dötsch für die DKP-Fraktion u.a.:

"In einer Zeit der allgemeinen Preistreibungen, der Zunahme der Belastungen für breite Bevölkerungsschichten wird eine neue Abgabe erfunden und eingeführt. Ohne jedes Gespür hat der Landesgesetzgeber diese Erhöhung der Wasserpreise durchgesetzt. Mit der Grundwasserabgabe soll der bedenkenlose Verbrauch von Trinkwasser reduziert werden. Das hört sich im ersten Moment gut und vernünftig an, und tatsächlich ist der Preis ein wirkungsvoller Regulierungsfaktor. Doch hier geht es um ein Grundnahrungsmittel, einen Stoff, den man nicht beliebig reduzieren kann. Der "gemeine Mann" ist darauf angewiesen. Trinkwasser hatte mehr noch in der Vergangenheit einen politischen Preis. Doch dies gehört in unserer Stadt der Vergangenheit an. Die Reduzierung des Wasserverbrauchs - nehmen wir einmal an, es ginge dem Gesetzgeber um dieses Ziel - hat zur Folge, daß der Wasserpreis erneut steigen muß. Vielleicht erkennen wir in Zukunft den Teufelskreis deutlich: Hoher Preis - geringer Verbrauch, geringer Verbrauch - höherer Preis. Denn die Kosten der Wassererhebung und -bereithaltung sind Festgrößen, die erwirtschaftet werden sollen. Ein Argument unseres "grünen" hauptamtlichen Stadtrates möchte ich aufgreifen, welches er zur Ablehnung unseres Antrages für die Wasserspartaste anführte: Zu geringer Wasserverbrauch bekommt dem Kanalnetz nicht. Die Transportleistung des Wassers im Kanal reduziert sich mit geringerer Menge. Ein nicht zu vernachlässigendes Moment im Flachland unserer Stadt. Vielleicht ist dies die Ursache der häufig monierten Geruchsbelästigung aus dem Kanal. Das Ziel - so sagte der Gesetzgeber - ist die Unterstützung von Wasserschutzinvestitionen. Auch das hört sich gut an. Quasi werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Er-

(Fortsetzung nächste Seite)

Lothar Fürstenau, Robert-Koch-Str. 15, Mörfelden-Walldorf schreibt an die DKP-Fraktion:

Tempo 30, wie das im "blickpunkt" gefordert wird, ist für Ortschaften wie Mörfelden-Walldorf völlig ausreichend. Aber Wählerstimmen werden sich mit dieser Forderung kaum erreichen lassen und Spenden an die Parteilasse schon gar nicht. Bei Tempo 30 ist die Unfallgefahr geringer. Das ist es aber wohl auch schon. Der Schadstoffausstoß ist geringer bei geringerer Drehzahl. Aber der Motor läuft länger. Niemand hat überlegt, ob sich das nicht gegenseitig ausgleicht. Es ist falsch, das Auto zu verteufeln. Damit läßt sich der öffentliche Personennahverkehr nicht fördern. Man muß Bahn und Auto miteinander verknüpfen. Nur gemeinsam geht es besser. Mit dem Auto die kurzen Strecken zum Sammelbahnhof und von diesem mit einem Nahschnellzug im Intercity-Tempo in die Stadt. Da könnte überlegt werden, wo in Groß-Gerau und bis Biblis die Bahnhöfe mit Großparkplätzen angelegt werden müßten.

Für Walldorf und Mörfelden bietet sich das Karlsruher Modell an. Also der kombinierte Eisenbahn- und Straßenverkehr mit Fahrzeugen, die sowohl mit der Fernbahnspannung von 15.000 Volt als auch mit der Straßenbahnspan-

nung von 800 Volt fahren können. Besser wäre vielleicht eine Fernstraßenbahn bis zum S-Bahnhof Sportfeld. Die Gleise müßten in den Wohngebieten in Gummi verlegt werden. Der Betrieb würde zuggesteuerte Ampel- und Signalanlagen erfordern.

Vordringlich ist allerdings ein besserer Wetterschutz für die Bahnsteige in Walldorf und Mörfelden. Außerdem fehlen Trennwände, hinter die sich die wartenden Fahrgäste zurückziehen können, wenn ein Zug vorbeirast. Zwischen Groß-Gerau und Biblis ist es ganz schlimm. Dort gibt es auf den Bahnsteigen nur einen Trennungsstrich und die Aufforderungen, diesen nicht zu überschreiten bevor der Zug hält. Da könnte ein Unfall vorprogrammiert sein. S-Bahn-Züge brauchen wir dagegen nicht. Bei denen geht lediglich das Ein- und Aussteigen etwas schneller, dabei wird es bei Frost ungemein kalt.

David hat Goliath  
auch geschlagen.



Zeitung  
der DKP

Probeexemplare bestellen!  
Hoffnungstraße 1, 4300 Essen 1

## Höchste Zeit der Bahn Dampf zu machen

Seit Jahren wird von den Benutzern der Bahnstrecke Ffm.-Mannheim die Attraktivität der Zugverbindung gefordert. Wir schrieben schon oft darüber im "blickpunkt", wir forderten in Anträgen an die Stadtverordnetenversammlung die Verbesserung des Bahnverkehrs, der Parkplätze an den Bahnhöfen, der Fahrradständer, montierten die buckligen und zu tief liegenden Bahnsteige, die zu knapp bemessenen Öffnungszeiten der Schalter, die Unzugänglichkeit der Toiletten an Wochenenden und in den Abendstunden, die Verspätungen der Züge, das Vergessen von Durchsagen bei durchfahrenden Güter- oder D-Zügen . . . Wir fühlten uns schon als "Rufer in der Wüste".

Doch jetzt scheint das Rufen auf offene Ohren zu stoßen. Die Bürgermeister der Anliegerkommunen Groß-Gerau, Büttelborn und Mörfelden-Walldorf, incl. Kreisverwaltung taten sich zusammen und wollen die Bahnfahrer per Fragebogen befragen, was ihnen am FVV nicht paßt. Die Unterzeichner, selbst keine FVV-Benutzer, erwecken durch ihre Aktion Erwartungen, die sie nicht erfüllen können. Trotzdem freuen wir uns über jede Maßnahme, die dazu beiträgt der Bahn "Dampf zu machen". Auch dann, wenn die Bürgermeisteraktion interessanterweise kurz vor der Kommunalwahl stattfindet.

R.D.

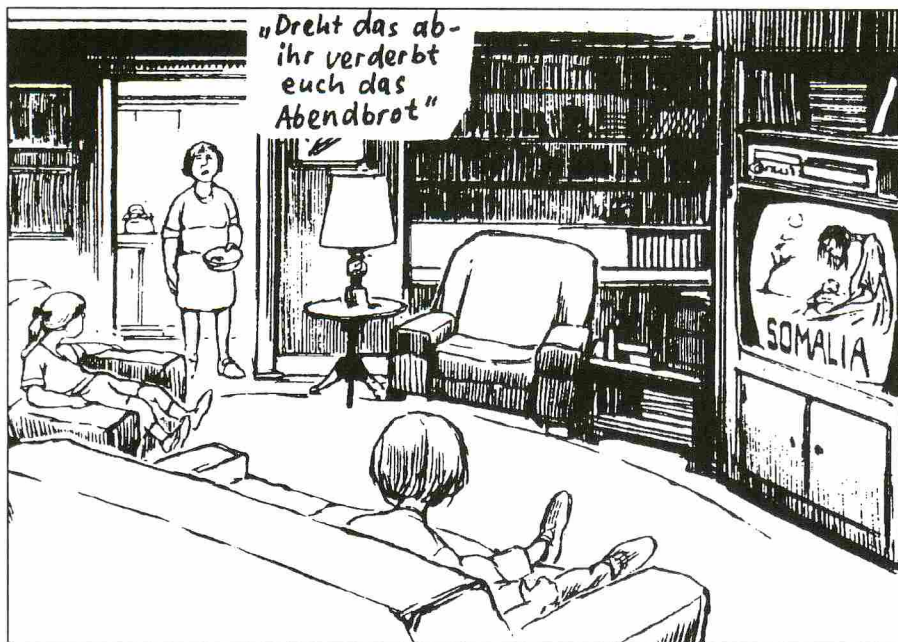
(Fortsetzung von Seite 4)

stens die Wasserverbrauchsreduzierung und zweitens den Schutz der stehenden und fließenden Gewässer und damit auch des Grundwassers. Unterstützung der Investoren heißt aber auch, daß der Investor - also die Kommunen - erst einmal selbst in die Tasche greifen, damit sie evtl. einen Zuschuß des Landes erhoffen können. Daß dies in Zukunft noch möglich ist, bei drastisch geringerer Finanzmasse, die zur Verfügung steht, kann bezweifelt werden.

Die Höhe der Grundwasserabgabe - 20 Pf ab 1. 7. 92 und 40 Pf ab 1. 1. 1994 zeigt, daß man sich mit "Kleckerbeträgen" wie "Wasserpennig" oder der um-

strittenen Ausgleichsabgabe für die Land- und Forstwirtschaft nicht mehr zufrieden gibt. Hatte man anfänglich noch geglaubt, die eine "Steuer" würde die andere aufheben, so weiß man jetzt, daß die Grundwasserabgabe zu der Ausgleichsabgabe hinzu addiert wird. Sicher werden Sie einwenden, "das steht noch nicht fest, weil eine Klage der Kommunen gegen das Land anhängig ist, und die Verfassungsmäßigkeit der (kumulativen) Abgaben (also das Nebeneinander der Abgaben) als grundsätzlich verfassungswidrig angesehen wird". Zu dieser Erhöhung muß man noch die Mehrwertsteuer rechnen. Sie erhöht die Kosten für Wasser noch einmal. Daß dieser Betrag, der sich für unsere Stadt auf knapp eine halbe bzw.

knapp eine Million DM jährlich beläuft, nicht aus der Stadtkasse bzw. den Stadtwerken getragen wird, ist eigentlich logisch. So werden die Abgaben einfach ohne Skrupel an die Bürger weitergegeben. Und hier zeigt sich auch die konformistische Haltung dieser Koalition. Anstatt lautstark und energisch gegen den unsozialen Gesetzgeber zu opponieren, wird man zum Vollstrecker. Aus lauter Scham und Verlegenheit will man sich vor dem Bürger rechtfertigen, wenn man auf dem nächsten Gebührenbescheid den Wasserpreis aufbröseln und den Grundwasserabgabebetrag extra aufführt. Das hilft Ihnen aber nichts. Sie machen sich zum willfährigen Erfüllungsgehilfen einer unsozialen Tat."



## Rentner sollen umsiedeln

Kaum glaubhaft, welche Perspektiven die "Experten" der Brüsseler EG-Kommission für die Menschen in den europäischen Mitgliedsstaaten ausdenken, und doch wahr: die Rentner sollen im Zeichen der "Freizügigkeit" in Europa veranlaßt werden, im Alter in Länder mit niedrigeren Lebenshaltungskosten ins Exil zu gehen, damit die Regierungen an den Sozialausgaben für ihren Lebensabend und ihre gesundheitliche Betreuung weiter sparen können. Dies sieht ein offizielles "Arbeitsdokument" der Brüsseler EG-Kommission vor, verfaßt von Peter Gommers, Direktor der Abteilung "Soziale Sicherheit, sozialer Schutz und Lebensbedingungen" in Brüssel.

Auch wenn es sich noch nicht um eine beschlossene EG-Direktive handelt, ist dieses Dokument aufschlußreich für die Konzeptionen und Pläne, die in der Brüsseler EG-Bürokratie für die "Zukunft Europas" diskutiert werden, und damit auch für alle Bürger von EG-Staaten, die zukünftig mit den "Segnungen" der "Europäischen Wirtschaftsunion" konfrontiert sein werden.

Herr Gommers wörtlich: "Die mit der Alterung der Bevölkerung verbundenen Probleme werden die Sozialversicherungen immer stärker belasten... Die Alterung der Bevölkerung hat direkte Konsequenzen für die zwei wichtigsten Arten von Ausgaben der Sozialversicherung: die Krankenversicherung und die Renten". Dann kommt das "Dokument" als Clou zu einer "Patentlösung": "Nach dem Beispiel der Abkommen bezüglich der Versorgung japanischer Rentner, die mit Portugal und Frankreich in der Diskussion sind, könnten einige Mitgliedsstaaten beginnen, die Förderung der Niederlassung von zahlreichen Rentnern mit niedrigem Einkommen in den Mitgliedsstaaten ins Auge zu fassen, in denen die Lebenshaltungskosten niedriger sind."

Die ärmeren Alten sind also nur noch ein "Posten", dessen "Recycling" wie beim Müll nach dem Prinzip der geringsten Kosten erfolgen soll.

## Obstvernichtung in der EG - ein Skandal ohne Ende

Mehr als eine Million Tonnen Obst und Gemüse sind seit Beginn des Jahres 1992 in der EG als "unabsetzbar" vernichtet worden. Wird diese Menge auf die Einwohnerzahl umgerechnet, ergibt sich, daß im EG-Durchschnitt rund drei Kilogramm Obst und Gemüse pro Kopf der Bevölkerung direkt nach der Ernte in absolut frischem Zustand der Vernichtung zugeführt worden sind. Und nicht etwa, weil die Arbeitslosen und Armen in den EG-Staaten schon zuviel davon gehabt hätten und nichts mehr davon verzehren wollten, sondern offenkundig, weil sie wegen mangelnder Kaufkraft nicht als "Abnehmer" in Frage kamen. Gleichzeitig ist in fast allen EG-Staaten ein drastischer Anstieg der Verbraucherpreise für Obst und Gemüse festzustellen. Die Bauern profitieren davon nicht: Die Aufkaufpreise, die den Landwirten gezahlt werden, sind mit dem Hinweis auf die überwiegend reiche Ernte dieses Jahres von den Aufkaufunternehmen stark gedrückt worden. Sie erreichen bestenfalls das Vorjahresniveau.

Mit einem Schnitt von 5,4 kg pro Kopf der Einwohner übersteigt die Obstvernichtung in Frankreich den EG-Durchschnitt. Mehr als 40000 t

französische Pfirsiche sind frisch von der Ernte weg vernichtet worden, was ungefähr 30 Prozent der Gesamtproduktion ausmacht. Unmittelbar vor der französischen Ernte hatten die Großhandelsfirmen die Kühlhäuser in Frankreich bis unter den Rand mit den gleichen Früchten vollgefüllt - importiert aus Chile.

## USA: 30 Millionen hungern

In den USA haben laut einer neuen Studie 30 Millionen Menschen nicht genug zu essen.

Die Untersuchung im Auftrag eines Parlamentsausschusses kommt zu dem Ergebnis, daß sich die Zahl der Hungernden seit Mitte der 80er Jahre verdoppelt hat. "Wenn wir die sich ausbreitende Armut und die sinkenden Einkommen beobachten, dann ist es nicht allzu verwunderlich, daß auch der Hunger wächst", sagte Larry Brown von der Tuft-Universität. Dies sei auch nicht mehr nur auf die großen Städte und Minderheiten beschränkt. "Es ist ergreifend, wenn man in den Mittelwesten geht und ein unterernährtes Kind einer Bauernfamilie in seinem Arm hält. Hunger hat inzwischen auch die Kornkammer Amerikas erfaßt."

## Wer arm ist, stirbt früher

"Weil du arm bist, muß du früher sterben" ist keine hingeklapperte Volkswisheit, sondern vielmehr eine Feststellung mit Hintergrund. Das zumindest geht aus einem Gesundheitsbericht hervor, den die Bremer Gesundheitssenatorin Gaertner vorgelegt hat. Alarmierende Zahlen geben Auskunft über den Gesundheitszustand der Menschen in "armen" und "reichen" Vierteln des Stadtstaates.

Nach umfangreichen Untersuchungen steht für die Bremer Fachleute außer Frage, daß die soziale Situation der Menschen eines Stadtteils maßgeblichen Einfluß auf ihre Gesundheit hat. Die Mehrzahl der untersuchten Gesundheitsprobleme mit und ohne Todesfolge wären durch vorbeugende medizinische Maßnahmen vermeidbar gewesen. In diesem Zusammenhang wurden Lungenkrebs, Herzinfarkte, Schlaganfälle, Leberzirrhose genannt.

In Stadtteilen, die als "reich" gelten, ist nicht nur die Säuglingssterblichkeit geringer als bei den "Armen", auch an Krebs sind dort weniger Menschen gestorben als in den Wohnbezirken, die als "arm" definiert wurden.

Aus dem Bericht geht hervor, daß 90 Prozent aller Todesfälle mit der Diagnose Lungenkrebs auf das Rauchen zurückzuführen sind. In "armen" Stadtteilen liegt die Zahl der Lungenkrebs-Toten höher als anderswo. An Leberzirrhose als Folge hohen Alkoholkonsums starben in "armen" Stadtteilen viermal mehr Frauen und Männer als bei den Wohlhabenden.

In den von gutsituierten Bürgern bewohnten Stadtteilen sterben die wenigsten Männer an Bronchialkrebs - in ärmeren Bereichen ist das Risiko, dieser Krankheit zu erliegen, 70 Prozent höher. In dem Bericht wird auch von der Häufigkeit des Rauchens im Zusammenhang mit Erkrankungen gesprochen. Dazu heißt es: Bei den Frauen betragen die Unterschiede zwischen dem Bereich mit der niedrigsten und der höchsten Raucherhäufigkeit 87 Prozent. Die relativ hohen Anteile von rauchenden Frau-

en, vor allem aber die Zunahme in jüngeren Altersgruppen lassen befürchten, daß die durch das Rauchen verursachten Krebserkrankungen bei Frauen in Zukunft stark zunehmen werden."

Zum Thema Herzinfarkt ermittelten die Wissenschaftler: Im Vergleich zum Bundesgebiet (alte Bundesländer) läßt sich in Bremen bei beiden Geschlechtern eine niedrigere Sterblichkeitsquote an Herzinfarkten feststellen. Es starben ein Drittel weniger Frauen als Männer. Bei den Männern weisen die sozio-ökonomisch bevorzugten Bereiche die niedrigsten Sterbeziffern auf. Die höchsten Sterberisiken sind in den sozio-ökonomisch belasteten Stadtteilen zu finden.

Im Gesundheitsbericht wird ferner betont, die dargestellten unterschiedlichen Risiken ergäben sich nicht aus der Region, sondern aus den Belastungen, die einzelnen Menschen im Laufe ihres Lebens erfahren, beispielsweise durch geringe Schulbildung, ungünstige Wohnverhältnisse, geringes Einkommen, Schwierigkeiten am Arbeitsplatz und durch individuelles Verhalten.

## Selbstdarsteller

Unter der Überschrift "Erwächst" hat der Bürgermeister eine Pressemitteilung herausgegeben. Gemeint ist der neue Brunnen am Dalles.

Darin heißt es unter anderem: "Der Erzählstein und Brunnen für den Dalles für Mörfelden wächst in seine ortsbezogene Gestaltung und Aussagekraft hinein und geht der Vollendung zu", teilte Bürgermeister Bernhard Brehl mit. "Wir werden Freude haben an diesem ortsspezifischen Unikat, so die Aussage des etwas schwärmenden Bürgermeisters . . ."

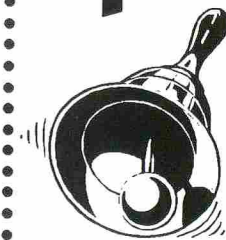
Unterschrieben hat die Presseerklärung der mehrfach erwähnte selbst. Angekündigt wird die Übergabe für Samstag, den 12. Dezember, 11 Uhr. Nicht unerwartet, wie wir schon mehrfach andeuteten, rechtzeitig vor der Kommunalwahl. Als hauptamtlicher Wahlkämpfer der SPD hat man halt so seine Möglichkeiten zur Selbstdarstellung. G.S.



## Schilda läßt grüßen

Ein vor Jahren für viel Geld angelegter Fuß- und Radweg in der Fortsetzung des Zilleringes, in Richtung Osten zur Gesamtschule, hat seit dem Bau vor etwa fünf, sechs Jahren, ein stählernes Hindernis. Der Mast der Lichtleitung war wohl zuerst da und die Wegebauer hielten sich an ihren Plan. Ob das Hindernis für ewig und immer bleibt und ob der Weg deshalb nicht viel benutzt wird und schon langsam zuwächst? Wir wissen es nicht. Die DKP-Fraktion wird jedoch demnächst im Parlament einmal nachfragen.

# blick punkt



Jede  
Spende hilft,  
das  
Erscheinen  
zu sichern!

Unser  
Spendenkonto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau,  
Kto.-Nr. 9003419,  
BLZ 50852553

# Stadtgeschichten



Die feuchtfröhlichen Tage der Mörfelder und Walldorfer Kirchweih sind nun vorüber und doch wollen wir ein schönes Erinnerungsfoto, das uns dieser Tage von einer "blickpunkt"-Leserin zur Verfügung gestellt wurde, den "Stadtgeschichten"-Interessierten nicht vorenthalten. Das Foto, aufgenommen vor etwa 60 Jahren, am Treppenaufgang der Gaststätte "Fuchsbau" in der Mörfelder Rüsselsheimer Straße, birgt ein Stück Stadtgeschichte. In der unter grüner Laube befindlichen Gartenwirtschaft jener Gaststätte war in den 30er Jahren, als die heutige Rüsselsheimer Straße noch Heuweg genannt wurde, wo kaum Verkehr herrschte, noch eine Idylle mit regem Zuspruch. Der in der Mitte sitzende Metzger und Gastwirt Georg Fuchs mit seiner hinter ihm stehenden Frau Bettsche boten gute Hausmacher Wurst, von der man auch sonntags nach einem Gaststättenbesuch noch ein Stück nach Hause mitnehmen konnte. Die meisten der auf dem Foto sich mit Bierglas darstellenden 26 jungen Männer sind nicht mehr am Leben. Wie wir in Erfahrung bringen konnten, waren es Schulkollegen, die sich nach einer Beerdigung noch einmal zusammensetzten. Die Schulkolleginnen trauten sich zu der damaligen Zeit nicht mit in die Gaststätte. Die drei einzigen weiblichen Wesen auf dem Bild gehörten zum Personal.



## TERMINE IM FRAUENTREFF



Dienstag, 1.12.'92, 20.00 Uhr  
"Frauen in Chile" Informationsabend mit Gretel Bühler

Dienstag, 8.12.'92, 20.00 Uhr  
"Wechseljahre" mit Edeltraud Niemayer, Pro Familia Rüsselsheim

»GOLDENER APFEL«

Freitag, 18.12.'92, 20.00 Uhr  
Jahresendfeier